

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/111

Bonn, den 18. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Konsequent und beharrlich</u> Vor der außenpolitischen Debatte im Bundestag	47
2 - 3	<u>Regierung Kühn bleibt auf festem Kurs</u> "Entwicklungsprogramm Ruhr" muß zukunftsbestimmend bleiben Von unseren KR-Mitarbeiter	8'
4	<u>Ein Vorkämpfer der Gesundheitspolitik</u> Zum hundertjährigen Geburtstag von Julius Noses Von Dr. Kurt Nemitz, Senatadirektor Bremen	29
5	<u>Wie zwischen 1939 und 1966</u> Spaniens Pressefreiheit geht verloren Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid	47
6	<u>Wenn Lächerlichkeit töten könnte...</u> Die Athener Militärjunta und Dr. E. Mathiopoulos	43

\* \* \*

Konsequent und beharrlich

Vor der außenpolitischen Debatte im Bundestag

sp - Es mag verständlich erscheinen, daß sich westdeutsche Politiker angesichts der neuen Pressionen des SED-Regimes auf Westberlin nach Maßnahmen umschauen, mit deren Hilfe sie ihrerseits Pressionen auf Moskau ausüben könnten. Hierzu gehört unter anderem der Rat, die Bundesregierung möge bei der Zustimmung zu internationalen Entspannungsvorhaben zurückhaltend sein. Zu Ende gedacht würde dies bedeuten, daß die Bundesrepublik Deutschland in der politischen Praxis der Gegenwart und näheren Zukunft auf eigene Schritte in Richtung auf eine Entspannung in Europa verzichtet.

Diese Politik wurde jahrelang praktiziert. Sie hat uns weder der Lösung unserer nationalen Probleme näher gebracht, noch ist sie überall in der Welt verstanden und anerkannt worden.

Seit Bildung der Regierung der Großen Koalition ist man nun systematisch dazu übergegangen, das besonders im Osten gegen die Bundesrepublik geschürte Mißtrauen abzubauen. Man hat öffentlich erklärt, man wolle - selbstverständlich nicht unter Aufgabe nationaler Interessen des deutschen Volkes - die Beziehungen auch zu unseren östlichen Nachbarn verbessern und, wenn möglich, normalisieren.

In Ostberlin wußte man, daß diese Politik auch von den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland eines Tages verstanden werden würde. Deshalb hat Ostberlin gerade seit Bildung der Großen Koalition nichts unversucht gelassen, um deren gute Absichten zu diskreditieren. Die Ankündigung einer Politik des Gewaltverzichts, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien sowie die Errichtung der Handelsmission in der CSSR wurden mit Störmanövern beantwortet.

Das Angebot von Bundeskanzler Kiesinger, mit dem Ministerpräsidenten von Ostberlin, Stoph, zusammenzutreffen, um eine Regelung der die Deutschen in beiden Teilen Deutschlands betreffenden und bewegenden Fragen zu besprechen, wurde ignoriert. Vor aller Welt wurde damit deutlich, daß die Störenfriede einer Entspannungspolitik im Herzen Europas nicht in Bonn, sondern in Ostberlin sitzen.

Es gibt viele Anzeichen dafür, daß man in den osteuropäischen Staaten diese dauernden Störmanöver Ostberlins nicht nur als peinlich, sondern auch als ein die Entspannung hinderndes Element der europäischen Politik empfindet. Die Bundesregierung muß also die von ihr eingeleitete Politik der Entspannung fortsetzen, wobei es ihr selbstverständlich vorbehalten bleibt, die ihr geeignet erscheinenden Mittel anzuwenden, um den Zusammenhalt der Deutschen untereinander auch in der jetzigen schwierigen Situation sicherstellen zu können. Es gibt keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß in diesem Aufgabenbereich die weitere wirtschaftliche Stärkung Westberlins durch die Bundesrepublik gehört. Hier ist eine kontinuierliche und zielstrebige Arbeit zu leisten, bei der sich die Bundesregierung von niemandem stören lassen darf.

Die kommende außenpolitische Debatte im Bundestag wird Gelegenheit bieten, die Grundhaltung der Bundesregierung zu den Fragen ihrer Entspannungs- und Friedenspolitik noch einmal klar herauszustellen.

## Regierung Kühn bleibt auf festem Kurs

"Entwicklungsprogramm Ruhr" muß zukunftsbestimmend bleiben

Von unserem KR-Mitarbeiter

Manchen obstruktiven politischen Repräsentanten würde es ganz sicher in ihr Konzept passen, wenn nunmehr die nordrhein-westfälische Landesregierung nach der bekanntgewordenen Weigerung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Bundesregierung verbilligte Kreditmittel in Höhe von 600 Millionen DM zur Finanzierung ihres Strukturprogramms zur Verfügung zu stellen, resignieren wollte. Gemeint ist in diesem Zusammenhang das "Entwicklungsprogramm Ruhr", in das aus dem über 5 Milliarden DM an Rücklagen schweren "Sabel-Turm" etwa 100 Millionen DM fließen sollten; Antlitzerseits wurde in Düsseldorf die Verweigerung auch dieser Summe als nicht gefährlich für das Programm bezeichnet.

Das Strukturprogramm der Bundesregierung ist nicht mit dem "Entwicklungsprogramm Ruhr" oder den Plänen identisch, welche von den Landesregierungen des Saarlandes und im Zonenrandgebiet zur Schaffung neuer Strukturen und mithin neuer Arbeitsplätze entwickelt wurden. Das von der NRW-Regierung initiativ erarbeitete "Entwicklungsprogramm" soll mit fünf Milliarden DM Bundesmitteln und 3,4 Milliarden Landesmitteln finanziert werden. Es bedarf indessen keiner Frage, daß die Finanzhilfe des Bundes bei einem derart großen Programm unerlässlich ist.

Insgesamt sollten von den 600 Millionen DM, die von der Bundesregierung aus Nürnberg erwartet wurden, 400 Millionen DM nach NRW und der Rest in das Saarland sowie in das Zonenrandgebiet fließen. Neben den zur Finanzierung des "Ruhrprogramms" aufzubringenden 8,4 Milliarden DM sollen für strukturpolitisch belebende Maßnahmen im "industriellen Herzstück Deutschlands" weitere 8,5 Milliarden DM Landes- und 8,1 Milliarden DM Bundesmittel, insgesamt also rd. 25 Milliarden DM, investiert werden. Ähnlich verhält es sich auch in anderen strukturpolitisch besonders förderungswürdigen Gebieten, z.B. auch in Niedersachsen für den Zonenrand. Allerdings ist die schwerpunktartige Konzentrierung der Finanzmittel in NRW ein Präzedenzfall: Die Regierung Kühn will den überwiegend energiepolitisch bedingten Substanzverlust in diesem "volkswirtschaftlichen Herzstück" durch Schaffung neuer Strukturen ausgleichen und zugleich die bedeutendste wirtschaftliche Potenz des Landes erhalten und möglichst noch erhöhen. Im Zonenrand steht die Schaffung neuer Strukturen überhaupt an erster Stelle, wobei die Beseitigung des eklatanten Ostwest-Gefälles politisch bestimmend ist.

### Eins greift ins andere...

In beiden Bereichen wurde vor Bildung der Großen Koalition gestündigt. Statt zum Beispiel im Zonenrand schwerpunktartige Zonenrandpolitik zu betreiben, wofür sich immer wieder die sozialdemokratische Opposition im Bundestag ausgesprochen hatte, wurden die Mittel nach dem "Gießkannensystem" gestreut. Inzwischen wurden selbst in Reihen der Zonenrand-CDU Stimmen laut, die auch in unmittelbarer Nähe des "Eisernen Vorhanges" nach gezielter Förderung und Strukturpolitik verlangen.

Um so mehr gewinnt jenes "Entwicklungsprogramm Ruhr" an Bedeutung, weil bei diesem schließlich ein noch niemals dagewesenes Finanzvolumen auf ein bestimmtes Gebiet konzentriert werden soll. Die NRW-Regierung weiß genau, daß eins ins andere greift und ... handelt danach.

Der Vorstand der Nürnberger Bundesanstalt scheint das nicht zu wissen. Seine Begründung, weshalb er sich dem Wunsche der Bundesregierung versagte, könnte demoralisierende Reaktionen auslösen. Dem Hinweis auf die Liquiditätsslage der Bundesanstalt wären noch sachliche Aspekte abzulesen, wenn sie nicht im Schatten des milliarden-schweren "Säbel-Turmes" verblässen würden. Dem weiteren Motiv hingegen, mit dem Strukturprogramm der Bundesregierung würden keine Dauer-arbeitsplätze geschaffen, sondern es zielte vielmehr durch Verkehrsprojekte auf eine Strukturverbesserung hin, müssen undefinierbare Überlegungen vorausgegangen sein.

Denn (um beim Beispiel "Ruhrprogramm" zu bleiben) die NRW-Regierung hat es nicht an Erkenntnis fehlen lassen, daß Strukturpolitik nur dann erfolgreich werden kann, wenn der Staat die Voraussetzungen für neue Industrien und neue Arbeitsplätze schafft, ohne auch nur annähernd dirigistisch unternehmerische Privatinitiative beeinflussen zu wollen. Das heißt mit anderen Worten, durch Verbesserung der öffentlichen Grundausstattung sollen strukturgefährdete Regionen für die Industrieansiedlung attraktiver werden. So hat u. a. auch Ministerpräsident Kühn das "Entwicklungsprogramm Ruhr" motiviert. Ähnlich fordern es seine politischen Freunde im Zonenrand.

Eindeutiges Fazit daraus: Die Nürnberger Bundesanstalt verweigert unabdingbaren infrastrukturellen Maßnahmen als elementare Voraussetzung für eine konzeptionelle Industriepolitik ihre Hilfe.

Weder das "Entwicklungsprogramm Ruhr" noch andere strukturpolitische Vorstellungen am Zonenrand oder an der Saar dürfen dadurch nicht auf Eis gelegt werden. Die NRW-Regierung steckt nicht auf, zumal sie ihr Programm nicht unmittelbar gefährdet sieht. In Bonn sollte es nunmehr aber nicht an Einsicht fehlen, daß Strukturhilfe unter Umständen noch gezielter angesetzt werden muß, wenn nicht andere Finanzquellen erschlossen werden können.

Es sei denn, der Vorstand der Nürnberger Bundesanstalt wäre nach der unmißverständlichen Kritik, die ihm geübt wurde, geneigt, seine ablehnende Haltung einer Korrektur zu unterziehen.

+ + +

Ein Vorkämpfer der Gesundheitspolitik

Zum hundertjährigen Geburtstag von Julius Moses

Von Dr. Kurt Wenitz, Senatsdirektor Bremen

Am 2. Juli 1968 jährt sich der 100. Geburtstag des früheren Berliner Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Moses. Seit 1893 als praktischer Arzt in Berlin-N tätig, kam er früh mit dem sozialen Elend der Arbeiterschaft in Berührung. Er wurde bald politisch aktiv und gelangte über die Freisinnigen zur Sozialdemokratie.

Das Lebenswerk von Julius Moses war die Erarbeitung der Grundsätze einer sozial verpflichteten Gesundheitspolitik. Wenn heute ganz zu Recht die hervorragende Bedeutung der Gesundheitspolitik immer stärker unterstrichen wird, dann geht dies nicht zuletzt auf jene Vorarbeiten zurück, die von Moses im Reichstag und im Reichsgesundheitsrat geleistet wurden. Zusammen mit dem Sozialhygieniker Professor Grotjahn hat er unermüdlich die Schaffung eines selbständigen Gesundheitsministeriums gefordert und auf die Notwendigkeit einer vorbeugenden Gesundheitsfürsorge hingewiesen.

Nach dem Ersten Weltkrieg gehörte Moses zunächst dem Parteivorstand der USPD, dann den Vorstand der SPD an. Von 1920 bis 1932 war er als Abgeordneter deren Sprecher in gesundheitspolitischen Fragen im Reichstag. Die regelmäßige Durchführung einer Reichsgesundheitswoche geht mit auf seine Initiative zurück.

Nach 1933 blieb Moses in Berlin. Er gehörte zum Freundeskreis um den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe und die spätere Bürgermeisterin Louise Schröder, der sich oft in der Köpenicker Wohnung der früheren Reichstagsabgeordneten Anna Wenitz traf. Sein nie versiegender Humor half die schweren Jahre leichter überwinden.

Die letzten Jahre seines Lebens verwandte Moses zur Erarbeitung eines umfangreichen politischen und persönlichen Nachlasses, der unversehrt durch die NS-Zeit hindurchgerettet werden konnte. Im Jahre 1942 wurde er - vierundsiebzigjährig - nach Theresienstadt deportiert, wo er am 24. September 1942 verstarb.

Wie zwischen 1939 und 1966

Spaniens Pressefreiheit geht verloren

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Der kurzlebige Frühlingshauch der spanischen Liberalisierung weicht auch auf dem Gebiete der Presse wieder einem eisigen Klima. Längst sind die offenen Worte aus Spaniens Zeitungen verschwunden. Wenn demonstrierende Arbeiter "Freiheit und Demokratie" rufen, dann steht wie zwischen 1939 und 1966 wieder in den Zeitungen zu lesen, die Demonstranten hätten "subversive Rufe" ausgestoßen. Journalist sein ist in Spanien wieder ein sehr gefährlicher Beruf geworden, seitdem sich die Gegner der Liberalisierung und vordemokratischer Zustände durchgesetzt haben. Auch der eine oder andere Auslandsjournalist wird von der spanischen Bürokratie neuerdings mit Verzögerungstaktik und Nadelstichen behandelt. Die am 8. April 1966 vom liberalen Informationsminister Manuel Fraga-Iribarne eingeführte Pressefreiheit droht eines sanfteren Todes zu sterben, denn durch nachfolgende Gesetze wurde sie erheblich durchlöchert. Das neue Staatsgeheimnisgesetz wird von vielen Beobachtern dafür verantwortlich gehalten, daß in Spaniens Zeitungen verschwiegen wird, was die spanische Regierung zwar dem eigenen Volk vorenthält, aber den beiden demnächst unabhängig werdenden afrikanischen Besitzungen Fernando Poo und Rio Muni zugesteht: das Mehrparteiensystem und die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit.

Alte Tabus werden wieder errichtet: Wer sich über sie hinwegsetzt, muß mit drakonischen Strafen rechnen. Der ehemalige verantwortliche Leiter der Illustrierten "Destino", Nestor Lujan, soll acht Monate ins Gefängnis wegen Veröffentlichung eines unliebsamen Leserbriefes, die Tageszeitung "Madrid" wurde für zwei Monate verboten und mit ungerechnet 15 000 DM Geldbuße bedacht, weil sie für die repräsentative Demokratie eintritt. Wegen zu offener Berichte über Studentenunruhen muß die Provinzzeitung "La Voz de Galicia" (La Coruna) 750 DM Geldstrafe bezahlen, die Barceloneser Wochenzeitung "Ciervo" aus gleichem Grunde ungerechnet 3 000 DM. Auch die katholische Nachrichtenagentur "Europa Press" eckte an und sieht wegen "tendenzloser Berichterstattung" einem Disziplinarverfahren entgegen.

Wie im Reiche Mops, sind auch in Spanien schnell die "hundert Klauen" verblüht. Unerfindlich bleibt, wie sich Spaniens Regierung vorstellt, unter solchen Bedingungen zur Teilnahme an der europäischen Integration eingeladen zu werden. Ein vielgehörtes Argument in Madrider Regierungskreisen, man wolle "französischen Verhältnissen vorbeugen, spricht dem spanischen Volk keineswegs ein demokratisches Reifezeugnis aus. Dabei läßt sich beweisen, daß die kurzlebige Liberalisierung in Spanien seinerzeit die "ewigen Fronten" fühlbar entspannt hatte. Ein Patentrezept, um den Weg nach Europa zu gehen, ist die Rückkehr zum "harten Kurs" vergangener Jahre gewiß nicht.

Wenn Lächerlichkeit töten könnte...

Die Athener Militärjunta und Dr. B. Mathiopoulos

sp - Wenn Lächerlichkeit töten könnte, wäre die Militärjunta in Athen schon gestorben. Vor Jahresfrist ließ sie durch den deutschen Botschafter in Athen die Bundesregierung wissen, der seit 18 Jahren in Deutschland tätige bekannte Journalist Dr. Basil Mathiopoulos sei ein "Agent des internationalen Kommunismus". Diese Behauptung wurde nicht wiederholt, da die politische Haltung von Mathiopoulos allgemein bekannt ist. Jetzt ist die Athener Militärjunta auf einen neuen Unsinn gekommen, um Mathiopoulos zu diffamieren. Vor der gesamten internationalen Presse in Athen, die eigens zu diesem Zweck zusammengerufen worden war, ließ die Militärjunta erklären, Mathiopoulos sei während der Zeit der deutschen Besetzung Griechenlands "ein Helfer des deutschen Faschismus" gewesen. Er habe als "Chefredakteur" eine von den Deutschen genehmigte Zeitung geleitet und somit "den Faschismus unterstützt".

Tatsache ist folgendes: Als 14-jähriger Untertertianer (1) redigierte Mathiopoulos die Schülerzeitung "Aufbruch der Jugend" am französischen Gymnasium in Athen (Auflage 150 bis 200 Exemplare). In dieser Zeitung versuchten sich die Tertianer des von Maristen-Brüdern geleiteten Gymnasiums in literarischen, schöngestigen und religiösen Artikeln. Selbstverständlich mußte auch diese "Zeitung" - wie damals jede Publikation - die Genehmigung der zuständigen Besatzungsinstantz haben. Da an dieser Schülerzeitung aber auch bekannte Widerstandskämpfer und anerkannte Literaten wie Elli Alexiou, Photis Korodoglous und Nikiphoros Vrettakos mitarbeiteten, mußte sie bald ihr Erscheinen einstellen. Die Mitglieder der Gruppe der jungen Zeitungsherausgeber waren später aktive Mitglieder der "Nationalen Hellenischen Befreiungsfront der Jugend", die sich im Dezember 1944 auch an der Niederschlagung des kommunistischen Umsturzes beteiligten.

Die Militärjunta in Athen muß sich sehr unsicher fühlen, wenn sie es für notwendig hält, mit Hilfe einer in der ganzen griechischen Presse veröffentlichten Verleumdung gegen einen bereits von ihr ausgebürgerten griechischen Journalisten zu Felde zu ziehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang noch, daß griechische Zeitungen berichteten - und zwar schon **b e v o r** die gegen Mathiopoulos erhobene "Beschuldigung" in Deutschland bekannt war - in der Sozialdemokratischen Partei und beim DGB sei man "über die Aufdeckung über die politische Vergangenheit von Mathiopoulos äußerst bestürzt". Den Herren von der Militärjunta in Athen scheint nicht bewußt zu sein, daß man gerade in Deutschland die gegen Demokraten angewandten Verleumdungsmethoden eines faschistischen Regimes aus eigener Erfahrung kennt und gerade deshalb weiß, wie derartig plumpe Manöver einzuschätzen sind.